

Mouvement Ecologique asbl  
Friends of the Earth - Luxembourg  
6, rue Vauban  
L-2663 Luxembourg



tél.: 43 90 30 (grenzen telefon)  
fax: 42 22 42 - e-mail: meco@emweltzenter.lu  
ccp: 39217-29  
bcee: 1300/1122-4

## Vum «Modell Lëtzebuerg» zu enger nohaltenger Gesellschaft

*Der politische Diskurs zum Thema "Wéi Lëtzebuerg fir muer" scheint sich derzeit in Luxemburg auf die Rentendiskussion zu reduzieren. Dabei wird u.a. mit Hinweis auf die BIT-Studie darauf verwiesen, daß wir an einem weiteren Wachstum der Arbeitsplätze bzw. der Bevölkerung kaum vorbei kämen, obwohl dies auch manche Probleme aufwerfen würde, die - so vielfach der unterschwellige Unterton - wohl kaum zu vermeiden wären.*

*Der Mouvement Ecologique bedauert diese recht einseitige Form der Auseinandersetzung mit Zukunftsfragen unseres Landes.*

*Die Zukunft eines Landes hängt sicher auch - aber in keinem Fall in dieser Ausschließlichkeit - von der Frage der Absicherung der Sozialsysteme ab. Zumindest müßte ja auch über den - vielleicht begrenzten, doch sicher bestehenden - politischen Handlungsspielraum diskutiert werden, der in Zusammenhang mit der "Wachstumsfrage" besteht.*

Die Generalversammlung des Mouvement Ecologique möchte hierzu folgende grundsätzliche Überlegungen anführen:

### **1. Bevölkerung- und Wirtschaftsentwicklung im Rahmen einer konsequenten Landesplanung bewußt steuern!**

Luxemburg war seit jeher ein Immigrationsland und u.a. auf Arbeits-Know-How aus dem Ausland angewiesen. Darüber hinaus kommt ihm aufgrund seiner zentralen Lage im Saar-Lor-Lux Raum und als eigenständiges Land eine, gegenüber Grenzregionen, besondere Aufgabenstellung zu.

Deshalb gilt es in aller Deutlichkeit denjenigen Meinungsäußerungen entgegen zu treten, die vor der Gefahr einer „Überfremdung“ warnen möchten. Vielmehr sollte sich unser Land, wie in der Vergangenheit, zu einer weltoffenen Gesellschaft im Sinne eines interkulturellen Austausches und Zusammenlebens bekennen.

Es gilt in der Tat die Chancen wahrzunehmen, die in einer (gesteuerten) Entwicklung unserer Bevölkerung bzw. des Arbeitsplatzangebotes liegen: im Hinblick auf einen Qualitätssprung im kulturellen Bereich bzw. im Bildungsangebot, einer Optimierung des öffentlichen Verkehrs, einer sinnvollen Dezentralisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten u.a.m.

Es gilt selbstverständlich auch sehr bewußt politische Entscheidungen zu treffen, um eventuelle nachteilige Folgen dieser Entwicklung zu vermeiden bzw. zu mindern. Ein lenkendes und steuerndes Eingreifen ist von Nöten, u.a. im Rahmen der Landesplanung und einer Politik der nachhaltigen Entwicklung. Dem Innen- bzw. Umweltministerium kommt somit hier eine federführende Rolle zu. Einige Beispiele:

- Die Arbeitsplatzentwicklung muß in ihrer regionalen Verteilung bewußt gesteuert werden, dies u.a. im Rahmen von **regionalen Entwicklungskonzepten**. Eine weitere Fokussierung auf die Stadt Luxemburg und die Randgemeinden muß einer reellen Diversifizierung der Aktivitäten weichen. Neben der Umnutzung der Industriebrachen im Süden - so wie es der Staat derzeit tut - weiterhin Standorte wie Findel oder „Cloche d'Or“ fördern zu wollen, wird kurzfristig zu einem völligen Kollaps auf dem Verkehrs- und Wohnungsmarkt führen. Darüber hinaus ist es geboten, eine räumliche Nähe u.a. der Funktionen «Wohnen», «Arbeiten» und «Erholung» im Rahmen einer bewußten Politik der Dezentralisierung zu erreichen..
- Zwingend ist, im Sinne der Veränderung des **Modal-Split** im Berufs- und Freizeitverkehr, das Schienennetz und die Begleitinfrastrukturen im Rahmen eines Verkehrsverbundes endlich konsequent auszubauen, u.a. in die Grenzregionen hinein; das BTB-Projekt ist und bleibt das Zukunftsprojekt schlechthin. Der Weg zu neuen Formen der Mobilität beginnt in den Köpfen: deshalb ist die kurzfristige Schaffung einer Mobilitätszentrale dringend geboten.
- Statt einer weiteren willkürlichen Zersiedlung der freien Landschaft bzw. einer unrationellen Nutzung des begrenzten Raumes, sollten seitens des Staates bzw. der Gemeinden gezieltere Anreize für raumsparende, sozialorientierte und nachhaltige **Siedlungs-** und Bauformen gemacht werden. Hier ist auch das Wohnungsbauministerium konkret gefordert.
- „Wir haben Arbeiter gerufen, es kamen Menschen“: Diese Aussage ist ein Plaidoyer für verstärkte Bemühungen im Hinblick auf die Integration der in Luxemburg lebenden ausländischen Mitbürgerinnen bzw. aber auch deren Beteiligung an den politischen Entscheidungsprozessen. Diese Frage wird ohne Zweifel, nicht nur im schulischen Kontext, eine der Zukunftsfragen par excellence in unserem Land darstellen.

## **2. Eine gemeinsame Zukunftsvision für die Großregion mit den dort lebenden Menschen erarbeiten!**

Die Entwicklung offensiv aufgreifen und deren Chancen erkennen bzw. Nachteile verhindern bedeutet auch der *Idee* der Großregion zu einer neuen Realität zu verhelfen. Es geht hierbei auch um strukturelle Probleme, die zwischen den einzelnen Regionen auf politischer Ebene anzusprechen sind und die direkt mit der Idee des bewußten Umgangs mit der Bevölkerungsentwicklung verbunden sind. So u.a. die Frage

- einer systematischen räumlichen Organisation der verschiedenen Aktivitäten in der Großregion (u.a. betreffend Standorte für Betriebe), so z.B. auch in Zusammenhang mit der Umnutzung der Industriebrachen
- des Ausbaus einer formalisierten Kooperation zwischen den Teil-Regionen, z.B. auch im Bereich der Verkehrspolitik, wo es neben der grundsätzlichen Verbesserung des Angebotes auch die finanziellen Aspekte zu klären gibt;

- der Symbiose und Abstimmung zwischen Ländern, z.B. im kulturellen, sozialen Bereich, damit durch sich ergänzende Initiativen ein Qualitätssprung erreicht werden kann;
- der Gewährleistung einer Verteilung der Wertschöpfung innerhalb der Großregion.

Die Idee der Großregion ist somit nicht nur aus der Sicht der Arbeitsplätze weiter zu entwickeln – die soziale, kulturelle und politische Dimensionen sind verstärkt zu fördern.

Die Vision einer gemeinsamen zukünftigen Entwicklung für die Großregion beginnt in den Köpfen der Menschen: dies bedingt, daß neben einer verstärkten Kooperation von öffentlichen Stellen dies- und jenseits der Grenzen, auch ein verstärkter Austausch innerhalb der Zivilgesellschaft stattfindet. Hier haben ohne Zweifel die Schulen bzw. die Nichtregierungs-Organisationen eine wichtige Aufgabe, insofern sie von den staatlichen Stellen hierzu entsprechend unterstützt werden.

### **3. Ein öffentlicher Diskurs zur Frage „Welches wirtschaftliche Wachstum in welchen Bereichen mit welchen Zielsetzungen“ ist überfällig!**

---

Bei der Frage über die wirtschaftliche Entwicklung des Landes gilt es nach Meinung des Mouvement Ecologique differenzierter vorzugehen, als dies bis dato der Fall ist. Im Vordergrund sollte eine differenzierte (re) Fragestellung über Form und Ausmaß des wirtschaftlichen Wachstums stehen.

Luxemburg hat in der Tat heute aufgrund der wirtschaftlichen Situation - anders als noch zu Zeiten der Umwälzungen in der Stahlindustrie - sehr wohl einen gewissen politischen Spielraum um wenigstens zum Teil eine sehr bewußte Wahl zu treffen, welche wirtschaftliche Diversifizierung wünschenswert ist und welche nicht. Welche demnach bewußt seitens des Staates gefördert werden soll - und welche weniger bzw. nicht.

Es gilt - soweit wie möglich auf Basis eines objektiven, noch zu erstellenden Faktenmaterials - eine gezielte Strategie im Sinne eines qualitativen Wachstums in die Wege zu leiten, die u.a. folgende Elemente beinhalten sollte:

- Eine zielorientierte(re) Diversifizierung unserer Wirtschaft in Zukunftsbereichen so z.B. eine weitere Stärkung des Mittelstandes, die Erhöhung des Anteils der biologischen Landwirtschaft, eine konsequentere Förderung einer regionalen Qualitätsproduktion bzw. der Weiterarbeitung und Vermarktung im landwirtschaftlichen Bereich, der Investition in zukunftsweisende Technologien wie der Solarenergie, die generelle Organisation einer gezielteren Wirtschaftsprospektion im Bereich der Umwelttechnologien. Wenn es Luxemburg gelungen ist in der Vergangenheit eine gezielte Politik im Bereich des Banken- oder Mediensektors in die Wege zu leiten, so müßte es mit Weitsicht auch möglich sein, neue Wege in diesen Bereichen zu eröffnen.
- Eine bewußte Orientierung des Finanzplatzes Luxemburgs an Kriterien der Nachhaltigkeit, so z.B. im Rahmen eines - auf den Erfahrungen im Ausland - aufbauenden „Nachhaltigkeitsrankings“ von Investmentfonds, Aktien usw. wobei diese auf ihre Sozial-, und Umweltkonformität sowie ihrem Engagement betreffend die Entwicklungsländer bewertet werden
- Ein progressiver Abbau der sehr einseitig orientierten und von äußeren Einflüssen stark abhängigen Nischenpolitik, z.B. im Bereich des Tanktourismus (siehe Projekt einer weiteren Großtankstelle an der Saarautoabahn); in einer ersten Phase müßte zumindest eine Zunahme

dieser Abhängigkeit unterbunden werden. Die aktuelle Politik, die vielfach auf einer Ausnutzung der Souveränitätsrechte beruht, muß progressiv durch eine Strategie der Entwicklung einer Wissensgesellschaft (u.a. des „savoir faire“) ersetzt werden. Erforderlich sind hierzu u.a. auch verstärkte Investitionen im Bildungs- und Forschungsbereich.

- Die Durchsetzung der Prinzipien einer **nachhaltigen** Entwicklung in wesentlichen sektoriellen Politikbereichen, so u.a. in der Transportpolitik (bewußte Beschränkung der Entwicklung des Cargo-Bereiches im Flugverkehr, gezielte Veränderung des modal-split im Berufs- und Freizeitverkehr...).
- Die gezielte Umgestaltung aktueller Fördermechanismen in der Wirtschaftspolitik im Sinne eines **qualitativen** Wachstums (z.B. Bindung von finanziellen Hilfestellungen an Qualitätskriterien, über die geltenden Gesetzgebungen hinaus).
- Die Entwicklung von Zukunftsvorstellungen - gemeinsam mit anderen Akteuren der Großregion - in Bezug auf die Vision einer Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Großregion in 15 - 20 Jahren, dies in Zusammenhang mit möglichen Verlagerungen von Entscheidungskompetenzen auf EU-Ebene.
- Eine offene Diskussion darüber, wie eine gerechte Verteilung des erwirtschafteten Reichtums zwischen allen Bevölkerungsschichten gewährleistet werden kann.

#### **4, „Ein Mehr an Wachstum bedeutet nicht ein Mehr an Lebensqualität“: eine öffentliche Diskussion auch über grundsätzliche gesellschaftliche Zielsetzungen ist notwendig!**

Auch in Luxemburg ist es an der Zeit eine öffentliche Diskussion über Sinn und Unsinn bestimmter Formen des Wachstums - über den Begriff des „Wohlstandes“ bzw. der „Lebensqualität“ im 21. Jahrhundert herbeizuführen.

Denn auch Vertreterinnen wirtschaftlicher Kreise zufolge ist ein Mehr an Wachstum keineswegs mehr implizit mit einer Steigerung der Lebensqualität verbunden. Die Gleichung Wachstum = Absicherung bzw. Erhöhung der Lebensqualität erweist sich als Trugschluß und ist in dieser Form nicht länger zulässig.

Solange die Zahl der Straßenunfälle als positive ökonomische Entwicklung verbucht wird, solange das Bruttosozialprodukt blind für die aus der Produktion entstehenden Umweltbelastungen ist, kann es nicht mehr als Messinstrument für den Wohlstand in einer Gesellschaft gewertet werden.

Zahlreiche Berechnungen zeigen sogar auf, daß ab einem gewissen Zeitpunkt die zusätzliche Steigerung eines Bruttoinlandproduktes lediglich ausreicht, die negativen Konsequenzen des Wachstums aufzufangen, ja sogar in gewissem Umfang sogar noch stärker sind.

Vor dem Hintergrund der Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung sollte auch in Luxemburg eine öffentliche Debatte über diese grundsätzlichen Fragestellungen geführt werden. Ein solcher Diskurs kann sich dabei nicht nur auf die vermeintliche „Wohlstandsinsel Luxemburg“ begrenzen. Notwendig ist vielmehr ein „Blick über den Tellerrand“ (Zusammenhang mit der Großregion bzw. zwischen den reichen Industrieländern des Nordens und den sog. Entwicklungsländern im Süden).

Die Umsetzung der Idee der Nachhaltigkeit bedeutet entsprechend auch einen kulturellen Paradigmenwechsel, von einer stark auf materielle Güter konzentrierten Gesellschaft hin zu anderen Lebensstilen, in denen nicht-materiellen Werten vielleicht eine größere Bedeutung zukommt.

Die Generalversammlung des Mouvement Ecologique fordert deshalb die Regierung und die politischen Parteien auf, im Hinblick auf eine sinnvolle öffentliche Meinungsbildung

- ein alternatives Meßinstrument neben dem aktuellen Bruttosozialprodukt erstellen zu lassen ("Oeko-Sozialprodukt" bzw. "Index of sustainable economic welfare");
- ähnlich wie die BRD oder England nach dem System eines "Umweltbarometers" nachvollziehbare Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung festzulegen und periodisch zu veröffentlichen, um derart die Entwicklung Luxemburgs im Bereich der nachhaltigen Entwicklung darzulegen.

## **5. Nachhaltige Entwicklung setzt eine politische Streitkultur, ein Mehr an Partizipation der Bürgerinnen voraus !**

Im Jahre 2002 werden es 10 Jahre her sein, daß in Rio die UNO-Weltkonferenz stattgefunden hat. Jedes Land - auch Luxemburg - wird im Vorfeld dieses Jahrestages nachweisen müssen, in wiefern unser Land versucht hat, ökologische, soziale und wirtschaftliche Aspekte unter Berücksichtigung der Interessen der nachkommenden Generationen bzw. der Länder des Südens miteinander zu einem nachhaltigen Ganzen zu verbinden.

Abgesehen von einer eher frustrierenden Diskussion in der Abgeordnetenkammer über den Plan für eine nachhaltige Entwicklung Luxemburgs (der noch von der vorigen Regierung stammt), ist bis dato nichts erfolgt.

**Wir brauchen in Luxemburg eine kontradiktorische Debatte z.B. in Form von öffentlichen Foren - und unter Einbeziehung wissenschaftlicher, also objektiver Fakten u.a. über folgende Zukunftsfragen:**

- Wie wollen wir - angesichts der begrenzten Ressourcen, der Tatsache, daß eine Steigerung des Bruttosozialproduktes, des wirtschaftlichen Wachstums nicht implizit mit mehr Lebensqualität verbunden ist, in Zukunft in Luxemburg „Wohlstand“ und „Lebensqualität“ definieren?
- Welche Rolle sehen wir für unser Land in der Großregion von morgen? Wie sieht die wirtschaftliche Zukunft Luxemburgs aus, wenn heutige Nischenpositionen aus EU-rechtlichen Gründen nicht mehr möglich sind?
- Vor allem aber auch: wie können die Chancen eines weiteren Anwachsens der Bevölkerung genutzt - Nachteile soweit wie möglich verringert werden?
- Wie wollen wir einen Prozeß über die Frage "Wéi e Letzebuerg fir muer?" in die Wege leiten?

Wir brauchen hierzu ein Umweltministerium, das über die erforderlichen menschlichen und organisatorischen Ressourcen verfügt, um den Prozess einer nachhaltigen Entwicklung zu initiieren und zu begleiten ebenso wie eine Zivilgesellschaft, die die erforderliche staatliche Unterstützung erhält, damit sie eine aktive Rolle in diesem Prozess übernehmen kann.

**Mouvement Ecologique asbl.**